



### **Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 06.04.2016:**

*Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru*

Dan-news.info: Die Kontaktgruppe zur friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass hat mit ihren Konsultationen in Minsk begonnen. Dies teilte der Pressedienst des Leiters der Delegation der DVR bei den Verhandlungen Denis Puschilin mit

„Die Sitzung der Kontaktgruppe hat begonnen“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur. Sie erklärte, dass auf der Tagesordnung des Treffens Fragen der Verschärfung der Situation an der Kontaktlinie, der Durchführung von Wahlen auf dem Territorium der DVR und der LVR und auch die Realisierung von anderen politischen Punkten der Vereinbarung stehen. Außerdem haben die bevollmächtigten Vertreter der Republiken vor, die Aktivitäten des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination sowie die Erklärungen ukrainischer politischer Führungskräfte über die Stationierung einer Polizeimission und anderen Friedenstruppen im Donbass zu erörtern.

Der Vertreter der Ukraine in der Kontaktgruppe nimmt an der Sitzung im Rahmen einer Videokonferenz teil. Zuvor haben in Minsk Sitzungen aller vier Untergruppen stattgefunden.

Dan-news.info: Die Delegation der DVR hat in Minsk vorgeschlagen, heute ein Reglement der Kontaktgruppe für die Koordination des Verhandlungsprozesses einzuführen. Dies teilte die Pressesekretärin des Leiters der Delegation, des Vorsitzenden des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin Wiktorija Talakina mit.

„Ein Reglement wird es erlauben, den Verhandlungsprozess zu koordinieren, die Opponenten im Rahmen diplomatischer Normen zu halten“, sagte sie.

Nach ihren Worten wäre ein Vorzug eines solchen Herangehens auch das „Festhalten von getroffenen Entscheidungen und damit die Unmöglichkeit, im weiteren Verlauf von ihnen zurückzutreten“.

Aber derzeit konstatiert die Donezker Seite nur ein provokatives Verhalten der ukrainischen Seite, was manchmal Ursache für die Verzögerung der Verhandlungen ist.

Ein deutliches Beispiel dafür war die Erklärung des ukrainischen Präsidenten Petr Poroschenko über die Notwendigkeit der Schaffung einer bewaffneten internationalen Polizei im Donbass, was direkt den Regelungen von „Minsk-2“ widerspricht. „Eine weitere Verzerrung der Friedensvereinbarungen ist der wiederholte Aufruf der ukrainischen Regierung zur Stationierung eines bewaffneten Kontingents auf den Territorien der DVR und der LVR sowie die Konzentration von Militärtechnik an der Kontaktlinie, dies zeugt kaum von einem Streben nach Frieden. Solche Handlungen führen nach Meinung des bevollmächtigten Vertreters eher zur einer Eskalation des Konflikts und zu einer Erschwerung des Verhandlungsprozesses“, unterstrich die Pressesekretärin. „Diese und viele andere Probleme wären durch die Einführung eines Reglement gelöst, für dessen Erörterung mehrfach Versuche von Seiten der Bevollmächtigten der Republiken unternommen wurden“, fügte Talakina hinzu. „Nur so kann nach Meinung Denis Puschilins eine positive Dynamik der Verhandlungen erreicht werden“.

Dan-news.info: Der Leiter der Delegation der DVR bei den Minsker Verhandlungen Denis Puschilin erklärte heute auf dem Treffen der Kontaktgruppe, dass die Arbeit des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung nicht vollwertig ist und dort ein organisierter Kontakt mit der OSZE-Mission fehlt. Dies teilte heute die Pressesekretärin Puschilins Wiktorija Talakina mit.

„Heute sind wir, trotz des großen Umfangs der getanen Arbeit, gezwungen, ernsthafte Probleme in der Arbeit des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination zu konstatieren. Die Ursachen dafür sind die unvollständige Besetzung des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination, das Fehlen eines organisierten Kontakts zwischen dem Gemeinsamen Zentrum und der OSZE und von Beobachtungspunkten an den Orten mit der größten Zahl von Verletzungen des Regimes der Ruhe“, zitiert Talakina den bevollmächtigten Vertreter der DVR.

Sie fügte hinzu, dass Puschilin auf dem Treffen der Kontaktgruppe eine Normalisierung der Tätigkeit des Gemeinsamen Zentrums gefordert hat, weil dessen Schaffung „die Teilnahme aller Seiten, gemeinsame Entscheidungen und Verantwortung vorsah“.

„Das Gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordination ist „eines der gültigen Instrumente bei der Regelung des Konflikts. Und eine Normalisierung seiner Tätigkeit wird es erlauben, die Spannung erheblich zu senken“, unterstrich der Politiker.

Itar-tass: Russland und die Vertreter des Donbass bestehen auf der Einführung eines festen Reglements der Arbeit der Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Osten der Ukraine. Dies Idee wurde wieder zu den Ergebnissen der Sitzung in Minsk geäußert, wo die Seiten ein weiteres Mal ihre Positionen zu den Schlüsselfragen der Tagesordnung äußerten und dabei keine Ergebnisse erzielten und sich nicht vorwärts bewegten.

„Dieses Moment trägt, auf den ersten Blick, organisatorischen Charakter, dennoch hat er eine prinzipielle Bedeutung für die Erhöhung der Effektivität unserer gemeinsamen Tätigkeit“, erklärte gegenüber Journalisten der bevollmächtigte Vertreter Russlands in der Gruppe Boris Gryslow. Ein Reglement der Arbeit der Kontaktgruppe wird es nach seinen Worten erlauben Aufgaben festzuhalten, die vor den Unterarbeitsgruppen stehen und Ergebnisse der formulierten Ziele festzuhalten. „Auf diese Weise kann die Kontaktgruppe „vom Erreichten“ aus handeln und wir haben nicht die Notwendigkeit jedes Mal die Erörterung vom Ausgangspunkt zu beginnen“, unterstrich Gryslow.

Die Wichtigkeit eines festen Reglements äußerten auch die Vertreter des Donbass.

„Die Wichtigkeit eines Reglements besteht in der Festhaltung von getroffenen Entscheidungen und der Unmöglichkeit im weiteren Verlauf von ihnen zurückzutreten. Nur so ist es möglich, eine positive Dynamik der Verhandlungen zu erreichen“, sagte die Pressesekretärin des bevollmächtigten Vertreters der ausgerufenen DVR Wiktorija Talakina.

### **Kiew wiederholt sich bei der Sicherheit**

Die Pressesekretärin des offiziellen Vertreters der Ukraine in der Kontaktgruppe Darja Olifer wiederholt nach der Sitzung in Minsk fast wortgleich die Position Kiews bezüglich der Minsker Vereinbarungen, die sie bereits mehrfach zuvor geäußert hatte.

„Die Sicherheit ist eine Grundbedingung der Minsker Vereinbarungen“, schrieb sie in Facebook.

„Das Regime der Feuereinstellung, der Abzug von Waffen von der Kontaktlinie, die Bestätigung eines solchen Abzugs durch die Inspektoren der OSZE-Mission – nur nach der Erfüllung der ersten Punkte der Minsker Vereinbarungen kann man von einer vollwertigen Arbeit zu humanitären, ökonomischen und politischen Fragen sprechen. Ohne Feuereinstellung ist es nicht möglich, die Arbeit zur Entminung normal zu führen“.

Mit Bezug auf die Fragen der Garantie der Sicherheit blockiert die ukrainische Delegation so im Grunde die Erörterung aller anderen Fragen der Tagesordnung, vor allem der Frage der Durchführung von Wahlen im Donbass als Schlüsselpunkt der politischen Regelung.

„Die Durchführung von Wahlen in den einzelnen Gebieten der Donezker und Lugansker Oblaste ist nur möglich nach einer vollständigen Feuereinstellung, dem Abzug ausländischer bewaffneter Abteilungen, der Wiedererlangung der Kontrolle Kiews über die ukrainisch-russischen Grenzen. Außerdem können solche Wahlen nur nach ukrainischer Gesetzgebung durchgeführt werden, unter Beteiligung ukrainischer Parteien und ukrainischer Journalisten“, behauptet Olifer., wobei sie die von Kiew übernommenen Verpflichtungen vergisst, zuvor eine Amnestie durchführen, dem Donbass einen besonderen Status zu gewähren und ein Gesetz über Wahlen auf den nicht

kontrollierten Territorien anzunehmen.

### **Die Entminung wurde nicht durchgeführt**

Auf diesem Hintergrund ist die Kontaktgruppe auch gezwungen „in Kreisen zu laufen“. Am 6. April sind die Seiten wieder zur Erörterung der Frage der Entminung zurückgekehrt. Wie Martin Sajdik zu den Ergebnissen der Sitzung sagte, ist diese Aufgabe bisher nicht gelöst. „Die Gruppe zur Sicherheit hat die Antiminenaktivität auf 12 Abschnitten im Donbass diskutiert. Es wurde ein bestimmter Fortschritt erreicht, aber viele Fragen bleiben ungelöst“, sagte er.

Die Frage der Notwendigkeit, diese Territorien zu entminen, wurde bereits auf der Sitzung der Kontaktgruppe im Dezember 2015 gestellt. Am 24. Februar haben die Seiten vereinbart, die Arbeiten bis Ende März abzuschließen. In diesen Fristen, bis zum 31. März, wurde die Aufgabe gestellt, die Gebiete abzugrenzen, die entminert werden sollen, und Karten zu erstellen. Wie Martin Sajdik mitteilte, wurde die allgemeine Kontrolle darüber auf das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination übertragen.

Aber eine Karte der Minenfelder im Donbass wurde bisher nicht erstellt, heißt es im Bericht der OSZE-Mission. „Das Vorhandensein von Minen und explosiven Objekten bereitet weitere Probleme. Die in Minsk abgestimmten Fristen sind abgelaufen. Derzeit sieht die OSZE-Mission keinerlei systematische Anstrengung der Seiten zur Erfüllung dieser Aktivitäten“, heißt es in dem wöchentlichen Bericht.

### **Wahlen: endlose Diskussion**

Zu den Ergebnissen der Arbeit der politischen Untergruppe beschränkte sich Sajdik auf die lakonische Bemerkung über eine stattgefundenene „Detaildiskussion über die Modalitäten der Wahlen“.

Die Pressesekretärin des Bevollmächtigten der DVR Wiktorija Talakina sagte, dass „der politische Teil des Maßnahmenkomplexes schon lange ein Stein des Anstoßes bei den Verhandlungen in Minsk ist“. Und die finden wie zuvor keinen Berührungspunkt bei der Erörterung der politischen Tagesordnung.

In diesem Zusammenhang schlug Boris Gryslow vor, die Stagnation in der politischen Untergruppe durch Vervollständigung des Reglements zu vermeiden. „Ich bin überzeugt, dass im Rahmen der Tätigkeit der politischen Untergruppe es nötig ist eine gemeinsame praktische Arbeit am Text des Gesetzes über Kommunalwahlen in Entsprechung zu Punkt 12 des Maßnahmenkomplexes zu organisieren: mit Festhalten sowohl der Regelungen, über die alle Seiten übereinstimmen, als auch der Divergenzen mit Varianten ihrer Lösung: So können wir zu einer Art „Fahrplan“ bei der Ausarbeitung des genannten Dokuments kommen“ meint er.

Auf die Frage nach der Besorgnis Kiews bei den Fragen der Sicherheit unterstrich der Vertreter Moskaus die Unmöglichkeit, in diesem Bereich ohne politischen Regelungen weiterzukommen. „Bisher muss man zugeben: nach Erreichung des jetzigen Niveaus ist es unmöglich dauerhaft zu versuchen, die Situation im Bereich der Sicherheit zu verbessern, ohne sich dabei auf dem Weg der politischen Regelung weiterzubewegen. Das ist genau der Fall, wo das Bessere der Feind des Guten ist. Man darf nicht das erste zum Schaden des zweiten verabsolutieren. Im Gegenteil, nur konkrete Schritte in der politischen Regelung können eine Garantie dafür sein, dass sich die Lage an der Kontaktlinie nicht verschlechtert“, meint er.

Dabei unterstrich Gryslow, dass die politische Regelung alle Komponenten enthalten muss, die in den Minsker Vereinbarungen festgelegt sind. „Dies sind sowohl Änderungen in der Verfassung als auch der besondere Status der entsprechenden Regionen, als auch die Amnestie und schließlich die Wahlen“, sagte der Bevollmächtigte.

### **Untergrabung der Sicherheit**

Ein weiterer problematischer Punkt ist die Tätigkeit des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung. So lenkte Boris Gryslow die Aufmerksamkeit darauf, dass die Situation mit der Sicherheit im Donbass Kiew selbst untergräbt, das insbesondere versucht das Gemeinsame Zentrum zu erschüttern (indem es seine Vertreter aus ihm zurückruft – Anm. TASS).

„Es ist nicht zulässig, von der Zeit erprobte Mechanismen zu zerstören, solche wie das Gemeinsame Zentrum zur Kontrolle und Koordination“, sagte er. „Man muss sagen: wenn das Gemeinsame Zentrum normal arbeiten würde, wäre das Sicherheitsniveau in der Region höher. So wirken sich gerade die Versuche das Zentrum zu erschüttern sowie das Fehlen eines direkten Dialogs zwischen Kiew und dem Donbass Ausdruck im höchsten Maße ernsthaft auf die Situation aus. Minsk bleibt der einzige Ort, wo sie sich von Angesicht zu Angesicht treffen“.

Der Bevollmächtigte der DVR Denis Puschilin warf auch die Frage der unzureichenden Zusammenarbeit mit der OSZE-Mission in der Ukraine im Gemeinsamen Zentrum auf.

„Bisher sind wir trotz des großen Umfangs der getanen Arbeit gezwungen zu konstatieren, dass es ernsthafte Probleme in der Arbeit des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination gibt. Die Ursachen dafür sind die unvollständige Besetzung des Gemeinsamen Zentrums, das Fehlen einer organisierten Kontakts zwischen dem Gemeinsamen Zentrum und der OSZE und von Beobachtungspunkten an den Orten mit der größten Zahl von Verletzungen des Regimes der Ruhe“, sagte er.

### **Polizeimission**

Auf der Tagesordnung der Kontaktgruppe findet sich durch die Eingabe Kiews eine neue Frage, die überhaupt in den Minsker Vereinbarungen fehlt. Es ist die Frage über die Möglichkeit der Stationierung irgendeiner Polizeimission im Donbass.

Sajdik gab zu, dass das Thema aufgeworfen wurde, aber weigerte sich irgendwelche Kommentare abzugeben.

„Dies ist eine Frage der Sicherheit“, sagte er. „Diese Frage wurde natürlich erörtert, aber ich muss sagen, dass bisher das Sekretariat und die deutsche Vertretung in der OSZE keinen wirklichen Vorschlag eingebracht haben, deshalb kann ich das nicht kommentieren.

Dagegen sind die Vertreter der ausgerufenen Republiken kategorisch nicht mit den Vorschlägen Kiews einverstanden. „Die vor dem Treffen geäußerten Erklärungen des ukrainischen Präsidenten über die Notwendigkeit der Schaffung einer bewaffneten internationalen Polizei zur Garantie der Sicherheit der Wahlen widerspricht den Punkten der Minsker Vereinbarungen“, erklärte Denis Puschilin.

„Die weitere Verdrehung der Friedensvereinbarungen, der weitere Aufruf der ukrainischen Regierung zur Stationierung eines bewaffneten Kontingents auf den Territorien der DVR und der LVR wie auch die Konzentration von Militärtechnik an der Kontaktlinie spricht kaum von einem Streben zum Frieden. Solche Handlungen führen nach Meinung des Bevollmächtigten eher zu einer Eskalation des Konflikts und zu einer Erschwerung des Verhandlungsprozesses“, meint man in der DVR.

Boris Gryslow unterstrich auch, dass die Idee Kiews nicht einem der grundlegenden Prinzipien der Regelung des Konflikts im Osten der Ukraine entspricht. Er erinnerte daran, dass „die Arbeit zur Regelung der Situation in der Ukraine auf zwei grundlegenden Prinzipien aufgebaut ist“. „Das erste – die genaue Einhaltung der Minsker Vereinbarung und des entsprechenden Maßnahmekomplexes. Die zweite – die Suche nach einem Kompromiss, nach einer für die Beteiligten am Konflikt annehmbaren Lösung“, erklärte er.

„Im Fall des Vorschlags der sogenannten „internationalen Polizeimission“ wird keines der grundlegenden Prinzipien der Regelung in der Ukraine beachtet. So enthält der Maßnahmekomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarung nicht einmal den Begriff der Schaffung einer solchen Struktur“ erinnerte Gryslow. „Außerdem kennen wir die Position der zweiten Seite des innerukrainischen Konflikts, die in einer solchen Art von Handlungen den Versuch einer ausländischen Besetzung ihrer Territorien sieht. Das bedeutet, dass solche Aufrufe nicht nur nicht bei der Suche nach einer friedlichen Lösung helfen, sondern im Gegenteil nur eine Zuspitzung der Situation provozieren wird, woran, so bin ich überzeugt, weder die Ukraine, noch die EU, noch Russland interessiert sind.

In diesem Zusammenhang verwies der Bevollmächtigte der RF darauf, dass „in Fragen der Sicherheiten alle Seiten maximal genau beim Vorbringen von Initiativen sein müssen“. „Hier muss das Prinzip „schade nicht“ eingehalten werden, um nicht das zu zerstören, was schon erreicht wurde“, sagte Gryslow

Ria.ru: Die Kontaktgruppe zur Regulierung der Situation im Osten der Ukraine war während einer weiteren Verhandlungsrunde am Mittwoch in Minsk gezwungen, besondere Aufmerksamkeit den Fragen der Sicherheit zu widmen, deren Aktualität aufgrund immer mehr teilweiser Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung im Donbass in den letzten Monaten in den Vordergrund rückte. Die nächste Sitzung der Kontaktgruppe ist in Minsk für den 20. April geplant.

### **Immer mehr Verletzungen**

Der OSZE-Vertreter in der Kontaktgruppe zur Ukraine Martin Sajdik stellte nach der Sitzung der Gruppe eine wesentliche Zunahme der Verletzungen des Regimes der Ruhe fest und rief alle

Seiten des Konflikts auf sich zurückzuhalten.

„Seit Januar wird eine deutliche Vergrößerung der Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung festgestellt, vor allem in den Gebieten von Awdejewka und Jasinowataja im Donezker Oblast (nördlich von Donezk). Um eine weitere Eskalation zu vermeiden und die Gewalt zu verringern, rufe ich alle Seiten auf, Zurückhaltung zu zeigen und die Vereinbarung über die Feuereinstellung einzuhalten“, sagte er.

Der OSZE-Vertreter fügte hinzu, dass die Arbeitsgruppe zur Sicherheit am Mittwoch die Realisierung eines Plans zur Entminung im Donbass an 12 vorrangigen Abschnitten erörtert hat. Sajdik unterstrich, dass „ein gewisser Fortschritt erreicht wurde“. Gleichzeitig bleiben nach seinen Worten „viele Fragen ungelöst“.

### **Polizeimission**

Die Teilnehmer der Sitzung umgingen nicht den Vorschlag des ukrainischen Präsidenten Petr Poroschenko, im Donbass während der Kommunalwahlen eine internationale Polizeimission zu stationieren.

„Die Frage der Sicherheit während der Wahlen in den einzelnen Gebieten der Donezker und Lugansker Oblaste wurde erörtert. Aber man muss sagen, dass bis jetzt das Sekretariat und die deutsche Vertretung in der OSZE keinen wirklich Vorschlag zu dieser Frage eingebracht haben“, antwortete Sajdik auf die Frage, ob die Initiative Poroschenkos diskutiert wurde. „So kann ich das nicht kommentieren“, fügte er hinzu.

Der Vertreter Russlands in der Kontaktgruppe Boris Gryslow war konkreter. Nach seiner Auffassung geht die Stationierung einer internationalen Polizeimission im Donbass gegen die Minsker Vereinbarungen und derartige Aufrufe werden nur eine Verschärfung der Situation provozieren. Alle Seiten müssten maximal genau beim Vorbringen von Initiativen sein, meint er. Gryslow erinnerte daran, dass die Arbeit zur Regelung der Situation in der Ukraine auf zwei Prinzipien aufgebaut ist – der genauen Einhaltung der Minsker Vereinbarungen und des entsprechenden Maßnahmekomplexes („Minsk-2“) sowie der Suche nach einem Kompromiss nach allgemein für die Teilnehmer des Konflikts akzeptablen Lösungen.

„Leider ist im Fall des Vorschlags einer sogenannten „internationalen Polizeimission“ kein einziges der grundlegenden Prinzipien der Regelung in der Ukraine zu erkennen. So enthält der Maßnahmekomplex zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen nicht einmal eine Erwähnung der Schaffung einer solchen Struktur“, sagte Gryslow zu Journalisten.

„Außerdem kennen wir die Positionen der zweiten Seite in dem innerukrainischen Konflikt, die in einer solchen Art von Aktivitäten den Versuch einer ausländischen Besetzung ihrer Territorien sieht. Das bedeutet, dass solche Aufrufe nicht nur nicht bei der Suche nach einer friedlichen Lösung helfen, sondern im Gegenteil nur eine Verschärfung der Situation provozieren werden. Daran ist nach meiner Überzeugung weder die Ukraine, noch die EU, noch Russland interessiert“, fügte der Vertreter Russlands hinzu.

Gryslow unterstrich, dass in den Fragen der Sicherheit alle Seiten maximal genau beim Vorbringen von Initiativen sein müssen. „Hier muss das Prinzip „Schade nicht“ befolgt werden, um nicht zu zerstören, was bereits erreicht wurde“, sagte er.

Gleichzeitig schloss Gryslow nicht die Möglichkeit einer Verstärkung der Anwesenheit von OSZE-Beobachtern im Donbass aus, was die geltenden Mechanismen nicht verletzen würde. „Wenn es notwendig ist, ist es möglich, die Anwesenheit von OSZE-Beobachtern an der Kontaktlinie zu verstärken“, sagte Gryslow gegenüber Journalisten.

Er unterstrich, dass „genau das Prinzip der „Spiegelbildlichkeit“ bei der Beobachtung beider Seiten beachtet werden muss“. „Außerdem ist es nicht zulässig, erprobte Mechanismen zu zerstören: solche wie das Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination. Es muss gesagt werden: wenn das Gemeinsame Zentrum in normaler Weise arbeiten würde, wäre das Niveau der Sicherheit in der Region höher. Auf diese Weise wirken sich gerade die Versuche das Zentrum zu zerrütten sowie das Fehlen eines direkten Dialogs zwischen Kiew und dem Donbass im höchsten Maße ernsthaft auf die Situation aus. Minsk bleibt der einzige Ort, wo sie sich von Angesicht zu Angesicht treffen können“, fügte Gryslow hinzu.

### **Brennpunkt „Solotoje“**

Besondere Enttäuschung brachte der OSZE-Vertreter Sajdik bezüglich der Situation mit dem Passierpunkt „Solotoje“ im Lugansker Oblast zum Ausdruck. Er rief die Regierung der selbst ausgerufenen LVR auf, operativ die Frage des Funktionierens dieses Passierpunkts zu lösen.

„Was die letzten Ereignisse am Passierpunkt „Solotoje“ im Lugansker Oblast betrifft, so halten es

die Teilnehmer der Arbeitsgruppe für notwendig, eine Bewertung der Sicherheit vorzunehmen, insbesondere bei der Bezeichnung und Abgrenzung verminter Abschnitte“, sagte Sajdik.

„Der Passierpunkt „Solotoje“ war schon vorher Gegenstand der Erörterung. Ich habe gehofft, dass er in der allernächsten Zukunft funktionieren wird, aber ich kann meine Enttäuschung darüber nicht verbergen, dass wir bisher nicht den Erfolg erzielt haben, auf den wir gehofft haben. Ich rufe die Seiten, insbesondere die einzelnen Gebiete des Lugansker Oblast auf, endlich operativ und positiv diese Frage zu entscheiden“, fügte der Vertreter der OSZE hinzu.

### **Wiederaufbau der Wasserversorgung**

Unter den positiven Momenten nannte Sajdik den Verlauf der Wiederherstellung der Wasserversorgung im Donbass. „Ich möchte eine positive Entwicklung im Bereich der Wasserlieferungen erwähnen“, erklärte der Vertreter der OSZE.

Er teilte mit, dass „heute im Donezker Oblast die Untersuchung des Systems der Wasserversorgung unter Teilnahme eines internationalen Experten begonnen hat“. „Wir rechnen mit der Unterstützung aller Seiten, damit diese Mission genauso erfolgreich ist, wie die vorhergehende im Lugansker Oblast“, sagte Sajdik.

Er erläuterte, dass beide Missionen von der deutschen Seite finanziert werden und äußerte die Hoffnung auf eine Wiederherstellung der Wasserversorgung im Donbass in kürzester Zeit.

### **Kommunalwahlen**

In der Frage der Organisation von Kommunalwahlen auf den nicht von Kiew kontrollierten Territorien der Donezker und Lugansker Oblaste haben die Seiten bisher keinen wesentlichen Fortschritt erreicht. Sajdik sagte, dass die Teilnehmer der Verhandlungen weiterhin dieses Thema diskutieren.

Gryslow seinerseits äußerte die Auffassung, dass im Rahmen der politischen Untergruppe es nötig ist, eine gemeinsame Erörterung des Gesetzesentwurfs über Kommunalwahlen im Donbass zu organisieren. „Ich bin überzeugt, dass im Rahmen der Tätigkeit der politischen Untergruppe es nötig ist, eine gemeinsame praktische Arbeit am Text des Gesetzes über Kommunalwahlen (bezüglich „Minsk-2“) zu führen: mit Festhalten sowohl der Vorschläge, bei denen Übereinstimmung aller Seiten erfolgt ist, als auch der Differenzen und der Varianten ihrer Lösung“, sagte er.

So ist es möglich, auf eine Art „Fahrplan“ zur Ausarbeitung dieses Dokuments zu kommen, meint Gryslow.

Die Vertreter der DVR forderten auf dem Treffen der Kontaktgruppe wieder, dass das Gesetz über örtliche Wahlen im Donbass mit den selbst ausgerufenen DVR und LVR abgestimmt wird und den OSZE-Standards entspricht“, teilte Wiktorija Talakina, die Pressesekretärin des bevollmächtigten Vertreters der DVR in der Kontaktgruppe Denis Puschilin mit.

„Im Verlauf der Arbeit der Kontaktgruppe hat Denis Puschilin wieder darauf bestanden, dass das Gesetz über die Wahlen mit den Vertretern der DVR und der LVR abgestimmt sein muss und maximalen Standards der OSZE entsprechen muss“, schrieb Talakina zu Ergebnissen der Sitzung. Sie sagte, dass die Kiewer Seite selektiv an die Realisierung des politischen Teils der Minsker Vereinbarungen herangeht. „So erörtert die Oberste Rada der Ukraine normative Akte, die weder zur Erörterung in die thematischen Untergruppen noch in die Kontaktgruppe eingebracht werden“, unterstrich die Pressesekretärin.